



Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 8. November 2012

- Das Budget 2013 beschlossen. Dieses sieht in der laufenden Rechnung bei einem Aufwand von Fr. 16'992'740.00 und einem Ertrag von Fr. 17'677'970.00 einen Ertragsüberschuss von Fr. 685'230.00 vor. Für die Investitionsrechnung sind Ausgaben von Fr. 5'879'000.00, Einnahmen von Fr. 330'000.00 und somit Nettoinvestitionen von Fr. 5'549'000.00 vorgesehen;
- Die Budget-Gemeindeversammlung einberufen auf Montag, 26. November 2012, Beginn 19.30 Uhr im Pfarreizentrum;
- Beschlossen, mit der Genossenschaft Wohnen im Alter Selzach für die Überbauung des Grundstücks Nr. 1991, Dorfstrasse 31, einen Baurechtsvertrag abzuschliessen. Bereits am 22. Oktober 2009 hatte der Gemeinderat beschlossen, zusammen mit der Bürgergemeinde Selzach die Liegenschaft GB Selzach Nr. 1991 zu erwerben, mit dem Ziel, diese für den Bau von Wohnungen, welche speziell den Bedürfnissen von betagten Menschen entsprechen, zu nutzen. Die Genossenschaft hat mittels Wettbewerb das nun umzusetzende Projekt für den Bau der Alterswohnungen ermittelt. Mittlerweile besteht ein baugesuchsfähiges Projekt der Firma baderpartner AG und die Genossenschaft will das Baugesuch einreichen. Dazu muss noch der Baurechtsvertrag abgeschlossen werden;
- Beschlossen, der Genossenschaft Wohnen im Alter Selzach langfristige Darlehen im Gesamtbetrag von Fr. 600'000.00 zu gewähren. Ziel ist vor allem die Entlastung der Tragbarkeitsrechnung hinsichtlich Finanzierung des Bauvorhabens. Für die ersten 10 Laufjahre wurde ein Zinssatz von 1 % beschlossen. Der Zinssatz für die restliche Laufzeit entspricht dem jeweils gültigen Zinssatz für Darlehen aus dem Fonds de roulement gemäss Wohnraumförderungsgesetz, im Maximum jedoch 1.5 %;

- Beschlossen, das Projekt „Wärmeverbund Selzach“ gemäss Offerte der a energie ag weiterzuverfolgen und dazu auch den Abgeordnetenrat des Pfarreizentrums einzusetzen. Bereits seit einigen Jahren laufen zu diesem Wärmeverbund Diskussionen und Vorabklärungen. Die Wärme soll zu 90 % aus Holzschnitzeln produziert werden. Vorgesehen ist, mindestens die öffentlichen Gebäude anzuschliessen. Der Aufbau eines solchen Wärmeverbundes ist energiepolitisch sinnvoll und entspricht auch den vom Gemeinderat im Rahmen der Agenda 21 beschlossenen möglichen Umsetzungsmassnahmen.

Ch. Brotschi